

## Der neue Bundesvoranschlag 1950

Der neue<sup>1)</sup> Bundesvoranschlag für das Jahr 1950 ist in der laufenden Gebarung mit Ausgaben und Einnahmen von 9.617 Mill. S annähernd ausgeglichen<sup>2)</sup>. Im außerordentlichen Haushalt sind Investitionen in Höhe von 1.078 Mill. S vorgesehen, die nach Maßgabe der verfügbaren Deckungsmittel (hauptsächlich Freigaben aus dem ERP-Fonds) verwirklicht werden sollen.

### Übersicht I.

#### Der revidierte Bundesvoranschlag 1950

Gruppe	Laufende Gebarung		A. o. Aufwendungen und Investitionen in Millionen Schilling	Gesamtergebniserfolg
	Einnahmen	Ausgaben		
Hoheitsverwaltung	6.095'7	5.849'4	303'8	— 57'5
Monopole	354'8	210'2	7'7	+ 136'9
Bundesbetriebe	1.115'3	1.235'8	159'3	— 279'8
Eisenbahnen	2.051'4	2.321'7	607'4	— 877'7
Summe	9.617'2	9.617'1	1.078'2	— 1.078'1
Ursprünglicher Voranschlag 1950	9.588'0	9.585'6	950'0	— 947'6

Obwohl die Endsummen nur geringfügig vom ersten Voranschlag abweichen, wurden im einzelnen bedeutende Änderungen vorgenommen. Der alte Voranschlag hatte weder für die Mehrbelastung aus der Wechselkursanpassung noch für die Angleichung der Altpensionen und den Mehraufwand für Besatzungskosten infolge Verzögerung des Staatsvertrages vorgesorgt. Auch der Einnahmenausfall infolge Ermäßigung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ab 1. Jänner 1950 war noch nicht berücksichtigt. Außerdem wurden aus gesetzlichen Maßnahmen Mehreinnahmen erwartet, die sich in dieser Höhe nicht realisierten (Kinderbeihilfengesetz, Erhöhung des Bundeszuschlages für Umsatzsteuer, Neuregelung des Finanzausgleiches).

Eine Neubewertung dieser Posten ergab einen Fehlbetrag in der laufenden Gebarung von rund 1.300 Mill. S. Er soll nach dem neuen Voranschlag

<sup>1)</sup> Der erste, noch vor der Neubildung der Regierung erstellte Bundesvoranschlag 1950 wurde bekanntlich vom Finanzminister zurückgezogen, da eine Reihe von Ansätzen überholt war. (Siehe Nr. 11 der Monatsberichte, November 1949, S. 450 f.)

<sup>2)</sup> Formell schließt der Voranschlag mit einem Überschub von 67.700 S.

durch Streichen der für die Erfüllung des Staatsvertrags vorgesehenen Summen, durch Steuermehreinnahmen (Valorisierung der Zölle, Erhöhung der Mineralölsteuer, Aufhebung der Durchschnittswerte der Ausgleichssteuer, Verlängerung der Besatzungskostensteuer sowie laufende Mehreinnahmen) und durch Auflösung von Sonderfonds gedeckt werden. Einzelheiten sind aus Übersicht II ersichtlich. Stärkere Ausgabenkürzungen, die vielfach auf Grund der Budgetenquete erwartet wurden, sind nicht vorgesehen. Auch die Auflösung dreier Ministerien hat den Staatshaushalt nicht entlastet, da ihr Personal praktisch unvermindert in andere staatliche Dienststellen übernommen wurde.

### Übersicht II.

#### Die Abweichungen zwischen altem und neuem Voranschlag 1950

Mill. S

#### A. Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen

1. Mindereinnahmen:	
Finanzausgleich	172
Kinderbeihilfen	47
Umsatzsteuer	275
Steuersenkung	120
	614
2. Mehrausgaben:	
Wechselkursanpassung	323
Pensionsnachziehung	37
Bauten	91
Besatzungskosten	200
Sonstige	42
	693
Summe	1.307

#### B. Mehreinnahmen bzw. Ausgabenersparungen

1. Mehreinnahmen:	
Mehrertrag an laufenden öffentlichen Abgaben	140
Erhöhung an Mineralölsteuer	60
Valorisierung der Zölle	60
Aufhebung der Durchschnittswerte der Ausgleichssteuer	60
Verlängerung der Besatzungskostenbeiträge	200
Abfuhr von Liquidationserlösen u. Ausgleichsbeträgen	60
	580
2. Ausgabenersparungen:	
Verzögerung des Staatsvertrages	725
Summe	1.305

### Die Staatsausgaben

Die laufenden Staatsausgaben sind mit 9.617 Mill. S um 3.528 Mill. S oder 58% höher veranschlagt als im Budget 1949. Der Mehraufwand ist hauptsächlich auf das dritte Preis-Lohn-Abkommen zurückzuführen, das dem Staatshaushalt über die allgemeinen Preis- und Lohnerhöhungen hinaus zusätzliche Belastungen (13. Monatsgehalt, höhere Stützungen für die Sozialversicherung, Erhöhung der Kinderbeihilfen) auferlegte. Insgesamt hat das dritte Preis-Lohn-Abkommen Mehrausgaben von ungefähr 1.700 Mill. S verursacht. Außerdem mußte für die „Nachziehung“ der Pensionen sowie für die Auswirkungen der Wechselkursanpassung vorgesorgt werden (rund 360 Mill. S). Schließlich fällt ins Gewicht, daß im Jahre 1950 neben den bisher im Voranschlag vernachlässigten Besatzungskosten (rund 400 Mill. S) auch eine Reihe einmaliger Aufwendungen (in Höhe von rund 300 Mill. S) in das laufende Budget aufgenommen wurden, die im Jahre 1949 im a. o. Budget eingesetzt waren. Selbst wenn man die angeführten Mehrausgaben ausscheidet, verbleibt noch immer eine Steigerung der „realen“ Staatsausgaben um etwa 800 Mill. S. Der Bund beansprucht daher im Jahre

1950 einen größeren Teil des verfügbaren Sozialprodukts als im Jahre 1949.

Von den laufenden Ausgaben entfallen 3.927 Mill. S auf den Personalaufwand und 5.690 Mill. S auf den Sachaufwand (einschließlich Arbeiterlöhne). Der Anteil des Personalaufwandes ist trotz höheren Bezügen und einer leichten Zunahme der Zahl der Bediensteten<sup>1)</sup> mit 41% niedriger als im Voranschlag 1949 (48%), da der Sachaufwand infolge höherer sozialer Leistungen sowie der Übernahme bisher im außerordentlichen Budget enthaltener Ausgaben in die laufenden Ausgaben besonders stark gestiegen ist.

Eine Gliederung der laufenden Staatsausgaben nach Ressorts zeigt vor allem bei folgenden Posten stärkere Steigerungen:

Der Anleihendienst der Staatsschuld (einschließlich der Verzinsung für zur Kassenstärkung begebene Bundesschatzscheine) hat sich von 51'3 Mill. S im Jahre 1948 auf 106'6 Mill. S im Jahre 1949 und 316'2 Mill. S im Voranschlag 1950 sprunghaft erhöht. Das ist teils auf höhere Tilgungsverpflichtungen (insbesondere Bundesschuldverschreibung 1947 und Bundesschatzscheine) und teils auf die Neugebung der 5% igen Aufbauanleihe 1949 zurückzuführen. Außerdem wurde für den Anleihendienst der österreichischen Vorkriegsschulden im Jahre 1950 ein Pauschalbetrag von 10 Mill. S vorgesehen. Die Tilgung der Bundesschuldverschreibungen 1947 belastet allerdings

#### Übersicht III.

#### Gliederung der laufenden Staatsausgaben

Gruppe	Abschluß 1948	Voranschlag 1949 1950 Mill. S	
<b>A) Hoheitsverwaltung</b>			
Bundespräsident und Präsidentschaftskanzlei	1'0	1'1	1'2
Organe der Bundesgesetzgebung	5'9	6'3	7'3
Gerichte des öffentlichen Rechtes	1'1	1'4	1'7
Rechnungshof	1'3	2'1	2'4
Staatsschuld	51'3	99'3	309'9
Finanzausgleich	32'8	17'6	22'0
Pensionen	395'5	374'9	542'2
Bundeskanzleramt: Bundeskanzleramt	11'7	13'4	21'3
Äußeres	24'9	34'7	65'7
Inneres	349'5	337'3	431'4
Justiz	113'7	122'3	159'2
Unterricht u. Kunst: Bundesmin. f. Unterricht	3'8	3'9	4'9
Unterricht	423'9	462'3	638'1
Kunst	14'1	14'2	25'2
Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung	11'9	14'9	—
Soziale Verwaltung	938'4	1.079'1	1.623'7
Finanzen: Finanzverwaltung	156'1	169'9	232'8
Öffentliche Abgaben	0'9	2'0	2'5
Kassenverwaltung	42'9	12'9	70'4
Land- und Forstwirtschaft	161'6	181'4	213'6
Handel und Wiederaufbau: Handel, Gewerbe, Industrie	49'0	45'6	94'5
Bauten	197'4	174'5	481'3
Ernährungswirtschaft	4'8	5'7	—
Energiewirtschaft und Elektrifizierung	1'7	2'2	—
Verkehr	20'0	22'8	29'2
Postsparkassennetz	39'0	42'4	46'9
Übergangsmaßnahmen	81'4	382'4	821'8
<b>B) Betriebe</b>			
Hoheitsverwaltung insgesamt	3.135'7	3.626'9	5.849'4
Monopole	123'3	122'1	210'2
Bundesbetriebe	852'5	843'9	1.235'8
Unternehmensbetriebe	1.595'2	1.496'5	2.321'7
<b>Betriebe insgesamt</b>	<b>2.571'0</b>	<b>2.462'5</b>	<b>3.767'7</b>
<b>Laufende Gebarung insgesamt</b>	<b>5.706'7</b>	<b>6.089'4</b>	<b>9.617'1</b>

#### Übersicht IV.

#### Die Kosten der Staatsschuld

Art	Abschluß 1948	Voranschlag 1949 1950 Mill. S	
1. Pauschalvorsorge für österr. Anleihen vor 1938	—	1'0	10'0
2. Auslandsanleihen seit 1945			
Verzinsung	—	6'1	8'2
Tilgung	—	—	15'2
3. 2% Bundesschuldverschreibungen 1947			
Verzinsung	0'6 <sup>1)</sup>	44'5	36'2
Tilgung	—	—	112'2
4. 5% Aufbauanleihe 1949			
Verzinsung	—	—	16'2
Tilgung	—	—	6'8
5. Bundesschatzscheine <sup>2)</sup>			
Verzinsung	50'7	55'0	81'3
Tilgung	—	—	30'0
<b>Summe</b>	<b>51'3</b>	<b>106'6</b>	<b>316'2</b>

<sup>1)</sup> Begebungskosten. — <sup>2)</sup> Einschließlich der zur Kassenstärkung begebenen Schatzscheine aus Kapitel „Kassenverwaltung“.

<sup>3)</sup> Nach der Budgetrede des Finanzministers liegt dem Voranschlag 1950 ein Personalstand von 214.458 aktiven Bediensteten (ohne Arbeiter) und 184.510 Pensionisten zugrunde. Im Jahre 1949 betrug der Personalstand von 211.399 aktive Bedienstete und 180.380 Pensionisten.

nicht die Geldgebarung des Bundes, da die planmäßige Tilgungsquote 1950 bereits durch Zahlung der Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe mit Bundesschuldverschreibungen 1947 erreicht wurde.

Die Aufwendungen des *Bundesministeriums für soziale Verwaltung* wurden von 1.079'1 Mill. S im Jahre 1949 auf 1.623'7 Mill. S erhöht. Außer der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die mit 700 Mill. S mehr als 40% der gesamten Sozialausgaben einnimmt, sind vor allem die hohen Zuschüsse des Bundes zur Sozialversicherung (413 Mill. S) und die erhöhten Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützungen bemerkenswert. Während im Jahre 1948 61 Mill. S an Arbeitslosenunterstützungen (einschließlich Notstandshilfen und Krankenversicherungsbeiträge für Arbeitslose) ausbezahlt wurden, sind es im Voranschlag 1949 bereits 144 Mill. S und im Voranschlag 1950 285 Mill. S<sup>1)</sup>. Demgegenüber konnte die Ausfallvergütung für Kurzarbeit von 16'3 Mill. S (1949) und 10 Mill. S (1950) herabgesetzt werden.

Der laufende Aufwand im Kapitel „Bauten“ wurde von 174'5 Mill. S im Jahre 1949 auf 481'3 Mill. S erhöht. Das entspricht unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Preissteigerungen einer Erhöhung des realen Bauvolumens auf mehr als das Doppelte. Andererseits wurde allerdings der außerordentliche Aufwand für Bauten von 337'5 Mill. S auf 181 Mill. S gekürzt.

Die Erhöhung der Ausgaben für *Übergangsmaßnahmen* von 382'4 Mill. S (1949) auf 821'8 Mill. S erklärt sich hauptsächlich aus der Aufnahme eines Pauschalbetrages für Besatzungskosten von 400 Mill. S.

Für die *Bundesbetriebe* (einschließlich Monopole und Bundesbahn) sind laufende Ausgaben von 3.767'7 Mill. S vorgesehen, das sind um rund 53% mehr als im Vorjahr. Die Ausgabensteigerung ist hauptsächlich durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen sowie durch die Wechselkursanpassung bedingt. In einigen Betrieben sind außerdem höhere Leistungen vorgesehen.

### Die Staatseinnahmen

Von den laufenden Staatseinnahmen in Höhe von 9.617 Mill. S stammen 51% aus öffentlichen Abgaben, 39% aus Einnahmen der öffentlichen Betriebe und 10% aus sonstigen Einnahmen.

Das gesamte *Steueraufkommen* (einschließlich der Ertragsanteile der Gebietskörperschaften) wird

<sup>1)</sup> Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen (einschließlich Bezieher von Notstandsaushilfen) stieg von 19.900 im Durchschnitt 1948 auf 63.800 im Durchschnitt 1949.

mit 7.054'6 Mill. S angesetzt, das sind um rund 47% mehr als im Voranschlag 1949. Dennoch dürften die Steuereinnahmen ziemlich vorsichtig geschätzt worden sein. Auf Grund der Erträge im zweiten Halbjahr 1949 wäre selbst unter Berücksichtigung eines Steuerausfalls von rund 200 Mill. S infolge Ermäßigung der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Weinsteuern mit einem Abgabenertrag von 7.500 Mill. S zu rechnen. Dazu kommen ferner Mehreinnahmen infolge Erhöhung der Mineralölsteuer, Valorisierung der Zölle und Aufhebung der Durchschnittswerte der Ausgleichsteuer in Höhe von 180 Mill. S. Man darf daher annehmen, daß die Schätzung der öffentlichen Abgaben stille Reserven enthält, die entweder zur Finanzierung von Investitionen im außerordentlichen Budget oder aber zur Deckung unvorhergesehener Mehrausgaben verwendet werden können.

Die Struktur der Steuereinnahmen hat sich seit dem Jahre 1949 wieder zugunsten der direkten Steuern verschoben. Nachdem vom Jahre 1946 bis zum Jahre 1948 der Anteil der direkten Steuern am Gesamtsteueraufkommen von 49% auf 44'1% zurückgegangen ist, stieg er im Jahre 1949 infolge der Steueränderungen gemäß drittem Preis-Lohn-Abkommen auf 50%. Im Jahre 1950 wird trotz der 20%igen Ermäßigung der Einkommensteuer, Lohnsteuer und Körperschaftssteuer mit einem Anteil von 48% gerechnet. Bemerkenswert ist der anteilmäßige Rückgang der Verbrauchssteuereingänge von 33'6% im Jahre 1946 auf 16'6% im Voranschlag 1950, während Umsatzsteuer und Zölle ständig an Bedeutung gewinnen. Diese Verschiebung erklärt sich hauptsächlich aus dem Abflauen der Preiskonjunktur für Wein und Tabak, die besonders schwer mit Verbrauchssteuern belastet sind, bei gleichzeitiger Belebung der allgemeinen Umsatzstätigkeit und insbesondere des Außenhandels<sup>2)</sup>.

### Übersicht V.

#### Die Entwicklung der Steuereinnahmen

Bezeichnung	1937	1946	Abschluß			Voranschlag 1950
			1947	1948	1949 <sup>1)</sup>	
in %						
Direkte Steuern .....	29'2	49'0	48'6	44'1	50'3	47'8
Umsatzsteuer und Zölle .....	42'4	12'8	13'5	19'4	23'7	27'5
Verbrauchssteuern .....	16'9	33'6	32'5	30'0	18'2	16'6
Verkehrssteuern und Gebühren	11'5	4'6	5'4	6'5	7'8	8'1
Summe .....	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0
ab Überweisungen an Länder und Gemeinden .....	18'6	5'4	4'9	35'0	34'4	30'0
Verbleibende Bundeseinnahmen	81'4	94'6	95'1	65'0	65'6	70'0

<sup>1)</sup> Vorläufiger Erfolg.

<sup>2)</sup> Die erwartete Steigerung der Zolleinnahmen ist allerdings zu einem erheblichen Teil auf die beabsichtigte Valorisierung der Zölle zurückzuführen.

Weiters fällt auf, daß der Ertrag der veranlagten Einkommensteuer mit 1.300 Mill. S fast doppelt so hoch veranschlagt ist wie der Ertrag der Lohnsteuer (700 Mill. S). Im Jahre 1948 und insbesondere im Jahre 1946 (das Jahr 1947 ist infolge des Währungsschutzgesetzes untypisch) waren dagegen die Lohnsteuererträge höher. Diese Verschiebung der Steuererträge ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß das Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer der allgemeinen Einkommensentwicklung stark nachhinkt, während die Lohnsteuer vom Arbeitgeber einbehalten wird. Außerdem genossen die auf Grund der Steuerbekenntnissen veranlagten Einkommensbezieher in den ersten Nachkriegsjahren verschiedene Steuererleichterungen (gewinnmindernde Abbuchung von Kriegsverlusten, Verbuchung von Reparaturen über Betriebsausgaben), die sie gegenwärtig überhaupt nicht oder nur noch teilweise beanspruchen können. In vielen Fällen werden

sogar Scheingewinne besteuert, da die steuerlich zulässigen Abschreibungsquoten für alte Maschinen infolge der Preissteigerungen für Anlagegüter viel zu niedrig sind. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Einkommensteuerermäßigung ab 1. Jänner 1950 bei der Lohnsteuer schon in den Erträgen des Jahres 1950 zum Ausdruck kommt, während sie sich auf die Einkommensteuererträge erst im Jahre 1951 voll auswirken wird.

Die Einnahmen der *erwerbswirtschaftlichen Staatsbetriebe* wurden mit 3.521<sup>5</sup> Mill. S um 1.184<sup>3</sup> Mill. S höher veranschlagt als im Jahre 1949. Trotz den Preis- und Tarifierhöhungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens erwarten einige Betriebe, insbesondere die Post und die Bundesbahn, noch immer beträchtliche Defizite (Post 84 Mill. S und Bundesbahn 270 Mill. S). Das Gesamtdefizit sämtlicher Betriebe beträgt 246<sup>3</sup> Mill. S.

Übersicht VI.

Die Steuererträge der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer

Jahr	Lohnsteuer a)	Veranlagte	a) in % von b)
		Einkommen- steuer b)	
		Mill. S	
1937	478	613	78 <sup>0</sup>
1946	350 <sup>2</sup>	258 <sup>4</sup>	135 <sup>5</sup>
1947	516 <sup>9</sup>	733 <sup>6</sup>	70 <sup>5</sup>
1948	682 <sup>0</sup>	633 <sup>5</sup>	107 <sup>7</sup>
1949 <sup>1)</sup>	880 <sup>6</sup>	1.203 <sup>0</sup>	73 <sup>2</sup>
1950 <sup>2)</sup>	700 <sup>0</sup>	1.300 <sup>0</sup>	53 <sup>8</sup>

<sup>1)</sup> Vorläufiger Erfolg. — <sup>2)</sup> Voranschlag.

Übersicht VII.

Der Betriebserfolg der erwerbswirtschaftlichen Staatsbetriebe

Bezeichnung	Abschluß 1948		Voranschlag 1949		Voranschlag 1950	
	Mill. S	in % der Einnahmen	Mill. S	in % der Einnahmen	Mill. S	in % der Einnahmen
Salzmonopol	+ 16 <sup>3</sup>	23 <sup>7</sup>	+ 18 <sup>7</sup>	26 <sup>4</sup>	+ 48 <sup>6</sup>	41 <sup>0</sup>
Staatslotterien	+ 12 <sup>7</sup>	21 <sup>5</sup>	+ 11 <sup>3</sup>	21 <sup>2</sup>	+ 15 <sup>8</sup>	17 <sup>9</sup>
Branntweinmonopol	+ 90 <sup>1</sup>	78 <sup>4</sup>	+ 69 <sup>7</sup>	71 <sup>3</sup>	+ 80 <sup>1</sup>	54 <sup>1</sup>
Post	- 28 <sup>3</sup>	4 <sup>3</sup>	- 31 <sup>9</sup>	4 <sup>9</sup>	- 84 <sup>1</sup>	8 <sup>9</sup>
Bundesforste	- 10 <sup>2</sup>	12 <sup>4</sup>	- 15 <sup>3</sup>	19 <sup>6</sup>	- 12 <sup>4</sup>	11 <sup>5</sup>
Staatsdruckerei	+ 1 <sup>6</sup>	5 <sup>1</sup>	+ 0 <sup>2</sup>	0 <sup>9</sup>	+ 2 <sup>1</sup>	6 <sup>3</sup>
Hauptmünzamt	- 0 <sup>0</sup>	2 <sup>0</sup>	+ 0 <sup>0</sup>	0 <sup>3</sup>	+ 0 <sup>6</sup>	7 <sup>8</sup>
Bundestheater	- 20 <sup>3</sup>	154 <sup>1</sup>	- 17 <sup>9</sup>	115 <sup>0</sup>	- 26 <sup>7</sup>	173 <sup>5</sup>
Bundesapotheken	+ 0 <sup>0</sup>	1 <sup>7</sup>	+ 0 <sup>0</sup>	2 <sup>4</sup>	+ 0 <sup>1</sup>	2 <sup>7</sup>
Staatsbahnen	- 363 <sup>9</sup>	29 <sup>6</sup>	- 159 <sup>3</sup>	11 <sup>9</sup>	- 270 <sup>3</sup>	13 <sup>2</sup>
<b>Insgesamt</b>	<b>- 302<sup>3</sup></b>	<b>13<sup>3</sup></b>	<b>- 124<sup>5</sup></b>	<b>5<sup>5</sup></b>	<b>- 246<sup>3</sup></b>	<b>7<sup>0</sup></b>